

## **Nur Reiche können sich arme Kommunen leisten**

Nachdem nun das Sparpaket der Stadtverwaltung der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, beginnt sich der verständliche und notwendige Widerstand vor allem gegen die Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe, gegen die Schließungsvorschläge im Grundschulbereich oder die Zerschlagung von wichtigen Kultur- und Freizeiteinrichtungen bei unseren Bürgerinnen und Bürger zu organisieren. Während die SPD Fraktion sich offensichtlich kampflös dem Spardiktat der Verwaltung und der Bezirksregierung unterwirft und den umstrittenen Kurs ihres Bürgermeisters unterstützt, regt sich in den anderen Fraktionen leise Widerstand. Dieser ist jedoch genauso unglaubwürdig wie scheinheilig, denn die gleichen Stadträte, die diese kommunalen Abrisspläne jetzt kritisieren, lassen sich nicht davon abhalten, ihre eigenen Parteien auf Landes- und Bundesebene weiterhin zu unterstützen. Es waren Rot-Grüne, Schwarz-Rote und Schwarz-Gelbe Landes- und Bundesregierungen, die die kommunale Überschuldung verursacht haben. Sie haben in den letzten 20 Jahren stolze 60 Mal die Steuergesetzgebung zu Lasten der Kommunen geändert. Sie sind es, die durch ihre Entscheidungen, den Kommunen die notwendigen Mittel entziehen und immer neue Leistungen und Aufgaben übertragen, gleichzeitig aber die notwendigen finanziellen Mittel dafür verweigern. Auch wenn in der Vergangenheit durch frühere Ratsmehrheiten öfter mal Geld für unsinnige Projekte verbrannt wurde, so ist es doch eine der großen Lügen, zu behaupten, wir hätten in Menden weit über unsere Verhältnisse gelebt und überdimensionierte Strukturen aufgebaut, von denen wir uns nun leidvoll verabschieden müssen. Wäre das der Fall, hätte nur die Stadt Menden und nicht weitere 387 (von 396) Kommunen in NRW Kredite aufnehmen müssen, um ihre Pflichtaufgaben überhaupt noch erfüllen zu können. Die erklärte Absicht der Beratungsgruppe, die Ursachen für diese Fehlentwicklung zu analysieren, zu dokumentieren und zu berücksichtigen, sind auch nicht nur annähernd erfüllt worden. Auch die in Aussicht gestellten Hilfen des Landes aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen werden nicht ausreichen, unseren verfassungsrechtlich verbürgten Anspruch auf eine aufgabengerechte Finanzausstattung für unsere Stadt zu garantieren. Ihr eigentlicher Sinn ist es nicht, den Kommunen zu helfen, sondern zu verhindern, dass das Land im Falle einer Zahlungsunfähigkeit die Verbindlichkeiten übernehmen muss, denn eine Kommune kann rechtlich überhaupt nicht insolvent werden.

CDU, SPD, Grüne und FDP sind sich jedoch darin einig, dass den Kommunen weitere Fesseln angelegt werden sollen und die Aufgaben der kommunalen Daseinsfürsorge noch weiter zurückgeschraubt werden müssen. Über diese neoliberalen Kürzungsorgien a la IWF gibt es für uns *LINKE* nichts zu verhandeln. Im Gegenteil: wir werden sie auch auf kommunaler Ebene mit aller Kraft bekämpfen.

Um keinen falschen Eindruck zu erwecken: auch *DIE LINKE* kann an der einen oder anderen Stelle Kürzungen mittragen, wo es die demographische Entwicklung erlaubt oder sich bestehende Strukturen überholt haben. So kann man selbstverständlich auch Schulen schließen, wenn es nicht mehr genügend Kinder gibt und auf Personal verzichten, wenn eine Aufgabe zukünftig nicht mehr notwendig ist. Aber eine Zerschlagung von kommunaler Infrastruktur unter dem Diktat des Sparhaushaltes ist nicht hinnehmbar. Unsere Loyalität gilt den Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt

und nicht einer verordneten Politik, die die Ungerechtigkeiten in der Vermögensverteilung zementiert und die Kommunen für die Folgen eines rücksichtslosen Kasinokapitalismus bezahlen lässt. Wir können es nicht verantworten, wenn die Schließung von Jugendeinrichtungen, zukünftig mit dem Bau von Jugendgefängnissen beantwortet werden muss.

Wir werden deshalb der Bitte des Bürgermeisters, uns zunächst nicht zu positionieren, nicht folgen, sondern wir fordern alle Menschen in unserer Stadt auf, sich gegen alle unsozialen Kürzungspläne zu wehren. Wenn die erwirtschafteten Werte in unserem Land anders verteilt würden, hätten wir ausreichend finanziellen Spielraum zur politischen Gestaltung für alle Bürger. Für die Interessen aller Menschen, die hier in unserer Stadt mit uns leben und arbeiten, sieht DIE *LINKE*. ihre Aufgabe darin, den parlamentarischen Ungehorsam gegen dieses angeblich alternativlose Sparprogramm zu zeigen und damit ihre Aufgabe als soziales Korrektiv wahrzunehmen.

Thomas Thiesmann, DIE *LINKE*.